

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 2 Jahrgang 2018

9. Februar 2018

Notruf 112 – Am 11. Februar ist europaweiter Aktionstag

Helfen Sie mit, die 112 noch bekannter zu machen

(ID) Der Notruf 112 ist die Nummer für den Notfall und funktioniert in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union kostenlos und zwar sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunknetz. Das wissen allerdings noch längst nicht alle Menschen. Deshalb wird am 11. Februar (11.2. – Sie erkennen, warum dieses Datum) alljährlich mit einem Aktionstag darauf hingewiesen.

Bereits seit dem Jahr 2008 ist Europa auch beim Notruf vereint. Wir feiern damit dieses Jahr das 10-jährige Jubiläum. Unter der kostenlosen Rufnummer 112 erreichen Hilfesuchende in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunknetz eine Leitstelle, um nach einem Unfall, bei einem Brand oder anderen Unglücksfällen Hilfe zu holen.



Bei einer jüngst durchgeführten Eurobarometer-Umfrage zeigte sich, dass nur rund ein Viertel (26 %) der befragten EU-Bürger spontan wusste, dass sie über die Notrufnummer 112 an jedem Ort in der EU die Feuerwehr

oder den Rettungsdienst erreichen können. Das Ziel von uns allen sollte sein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger diese lebenswichtige Nummer kennt und weiß, dass die 112 nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa der schnellste Weg ist, um Hilfe zu erhalten.

Sie sollten noch zwei weitere Rufnummern kennen, die wichtig sind. Für einen Krankentransport, bei dem ein Patient unter medizinisch-fachlicher Betreuung befördert werden muss, gibt es eine gesonderte Rufnummer: (Ortsvorwahl der Leitstelle und) 19222.

Wenn Sie außerhalb der Sprechzeiten Ihres niedergelassenen Arztes, dem altbekannten Hausarzt, ärztliche Beratung brauchen, ist der ärztliche Bereitschaftsdienst zuständig. Diesen erreichen Sie bundesweit unter ein und derselben Rufnummer, der 116117. Diese Nummer funktioniert ohne Vorwahl und ist kostenlos. Informationen zum ärztlichen Bereitschaftsdienst finden Sie auch im Internet unter www.116117info.de/html/de/.

Helfen Sie mit, dass der Notruf 112 und die Nummern 19222 (Krankentransport) und 116117 (ärztlicher Bereitschaftsdienst) noch

bekannter und richtig genutzt werden. Mit einem Medienpaket (siehe Infobox) unterstützen wir Sie bei Ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hat Flyer, Plakate und Anzeigetexte auf seiner Internetseite zum Download zur Verfügung gestellt. Damit können Sie auch zum Beispiel am 11.2. in den sozialen Medien wie Twitter und



Das Medienpaket mit allen wichtigen Notrufnummern finden Sie auf der Internetseite des Innenministeriums.

Lesen Sie bitte weiter auf S. 2

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 231 - 4
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.)
Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



Facebook auf das Thema aufmerksam machen und das Interesse der Leserinnen und Leser auf dieses wichtige Thema lenken.

Sprechen Sie außerdem in Ihrer Familie das Thema an. Reden Sie an Ihrem Arbeitsplatz mit Kolleginnen und Kollegen darüber. Informieren Sie im Verein und im Freundeskreis über die wichtigen Nummern für den Notfall.



Medienpaket Notfallnummern

Auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration finden Sie unter folgender Adresse das Medienpaket zum Download: <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/wichtige-rufnummern-fuer-den-notfall>.

Es enthält folgende Bausteine:

- Flyer Notfallnummern
- Zwei Plakate (Kurz- und Langfassung)
- Anzeigentext für Veröffentlichungen

Nutzen Sie die Downloadmöglichkeit und helfen Sie mit, die Notfallrufnummern noch bekannter zu machen.

NINA kann Leben retten. Werben Sie dafür, damit NINA noch bekannter wird.

Nähere Informationen unter: <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/warnung-der-bevoelkerung/>



Seminar zum Thema „Stromausfall“ an der Akademie für Gefahrenabwehr

(ID) Die Akademie für Gefahrenabwehr an der Landesfeuerwehrschule hat sich aktuell in einem Seminar mit dem Thema „Stromausfall – sind wir vorbereitet? Vorsorge und Krisenmanagement beim Blackout“ mit den möglichen Ursachen und Auswirkungen eines flächendeckenden und langanhaltenden Stromausfalls befasst.

Rund 70 Kreisbrandmeister sowie Vertreterinnen und Vertreter der unteren und höheren Katastrophenschutzbehörden informierten sich über notwendige Maßnahmen und Handlungsempfehlungen beim „Blackout“ und erhielten vertiefende Einblicke in die Arbeit der Netze BW GmbH. Jürgen Link stellte die Strategien des Verteilnetzbetreibers zum Schutz der Stromversorgung im Krisenfall vor und betonte, wie wichtig die Kooperation zwischen den betroffenen Institutionen und Behörden sei. „Nur die Zusammenarbeit aller Beteiligten sorgt für eine schnelle Wiederversorgung und möglichst glimpfliche Auswirkungen“, so Bauer.

Welche zentrale Rolle dabei die kommunale Krisenvorsorge spielt, erläuterten Bezirksbrandmeister Jürgen Link vom Regierungspräsidium Karlsruhe, Moritz Wolter von der Branddirektion Karlsruhe und Sabine Schweiger, Bürgermeisterin der Gemeinde Aglasterhausen, in ihren Vorträgen. „Das Stromausfallkonzept einer Kommune kann als Blaupause für die Bewältigung verschiedener anderer Katastrophenszenarien mit Ausfall kritischer Infrastrukturen, wie Hackerangriffen, Hitze- oder Kältewellen und ähnlichen Ereignissen dienen. Besonders die Sicherstellung der Kommunikation und ein funktionierendes Kraftstoffmanagement sind dabei große Herausforderungen, die eine genaue Vorplanung erfordern“, so die Referenten. Auch



Bürgermeisterin Sabine Schweiger erläuterte in ihrem Vortrag die kommunale Krisenvorsorge in der Gemeinde Aglasterhausen. Bild: LFS

wenn ein flächendeckender und langanhaltender Stromausfall hierzulande ein eher unwahrscheinliches Szenario darstelle, sei es unabdingbar, dass Kommunen bereits im Vorfeld Strategien für den Ernstfall entwickeln.

Jürgen Link verwies hierbei auf den unter Federführung des Regierungspräsidiums Karlsruhe erarbeiteten „Musternotfallplan Stromausfall“: „Der Musternotfallplan enthält grundlegende Empfehlungen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit von Behörden und liefert damit auch kleineren Kommunen eine wichtige Hilfestellung, um sich auf einen flächendeckenden und langanhaltenden Stromausfall vorbereiten zu können“, betonte Link.

Dass eine gute Vorbereitung auch ein entscheidender Faktor für eine erfolg-

reiche Krisenkommunikation ist, bekräftigte Dr. Christian Kohl vom Referat Krisenmanagement im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg. Die schnelle und umfassende Kommunikation mit Betroffenen sei ein wesentlicher Baustein zur Abwehr einer Krise. Wer einen Überblick habe, wie sich die Lage entwickle, empfinde sie vielfach als nicht mehr ganz so bedrohlich.

Nähere Informationen zum „Musternotfallplan Stromausfall“ finden Sie unter:

<http://kurzelinks.de/2twm>.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr sind zu finden unter: www.lfs-bw.de.

Austausch mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst

(ID) Das Innenministerium hat sich mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg (KMBD) über die Möglichkeiten der Warnung der Bevölkerung mit dem Warnsystem MoWaS ausgetauscht.

Auch heute noch kommt es zu Funden von Kampfmitteln aus den Weltkriegen, die durch den KMBD entschärft und unschädlich gemacht werden müssen. Hierfür ist es häufig erforderlich, die Bevölkerung im Umfeld der Fundstelle zu evakuieren. Zuständig für diese Maßnahme ist in der Regel die Ortspolizeibehörde. Seit der Einführung von MoWaS in Baden-Württemberg wurde bereits mehrfach über dieses System vor den Gefahren der Kampfmittel gewarnt und die Bevölkerung über die notwendige Evakuierung informiert.

Das Referat Krisenmanagement hat sich deshalb mit dem KMBD über die Einsatzmöglichkeiten von MoWaS ausgetauscht. Mit MoWaS können durch nur eine Eingabe eine Vielzahl von

Empfängern und Multiplikatoren angesprochen werden, beispielsweise Radio, Fernsehen und die Warn-App NINA. Ziel ist, durch die Nutzung verschiedenster Kanäle möglichst viele Menschen zu erreichen. Der Austausch zwischen KMBD und Innenministerium soll weiter intensiviert und Erfahrungen ausgetauscht werden.



Die Bilder zeigen Bomben, Granaten und Zünder im Ausstellungsraum des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, die auch zu Schulungszwecken dienen.



Weitere Informationen

Weitere Informationen über den Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg erhalten Sie auf den Seiten des Regierungspräsidiums Stuttgart:

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Sicherheit/Kampfmittel/Seiten/default.aspx>

In den Stuttgarter Nachrichten ist im Januar ein Artikel über den KMBD erschienen: <http://kurzelinks.de/gv0h>.

Neues Bevölkerungsschutzmagazin

(ID) Heft 4 des Bevölkerungsschutz-Magazins des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe steht jetzt mit interessanten Berichten zum kostenlosen Download bereit. Für jeden, der sich für den Bevölkerungsschutz interessiert, eine Pflichtlektüre. Thema ist diesmal die „Konzeption Zivile Verteidigung“ (KZV).

Die KZV vom 24.08.2016 ist das konzeptionelle Basisdokument für die ressortabgestimmte Aufgabenerfüllung im Bereich der Zivilen Verteidigung und Zivilen Notfallvorsorge des Bundes. Sie beschreibt Zusammenhänge und Prinzipien und macht Vorgaben für die künftige Ausgestaltung einzelner Fachaufgaben. Damit bildet sie die Grundlage für die weiteren Arbeiten und Planungen in den Bundesressorts sowie in den Bundesländern. Der Bund hat auf Bitten der Länder ein Bund-Länder-Steuerungsgremium auf Abteilungsleiter-Ebene eingerichtet, dem sieben Länder angehören. Baden-Württemberg ist in diesem Steuerungsgremium vertreten.

Das BBK-Magazin berichtet unter anderem über den Stand der Umsetzung der neuen KZV mit Artikeln zu „Perspektiven der Trinkwassernotversorgung“, „Bedeutung der KZV für die Ausbildung“, „Notstromversorgung“ und „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“.

Hier geht's zum Download: <http://kurzelinks.de/kpfb>. Das Basisdokument der KZV erhalten Sie unter: <http://kurzelinks.de/5h4k>.



130 Teilnehmende auf 2. Thementag in Vorbereitung auf LÜKEX 18 „Gasmangellage in Süddeutschland“

(ID) Ziel der länderübergreifenden Krisenmanagementübungen der Übungsserie LÜKEX ist es, unterschiedlichste Akteure zu vernetzen und ihre Krisenreaktionsstrukturen zu optimieren. Hierzu hat sich das Format der Thementage etabliert: Regelmäßig kommen in der Vorbereitungsphase alle Übungsbeteiligten zusammen, also Vertreterinnen und Vertreter der Länder, von betroffenen Bundesbehörden und -ressorts sowie, beim aktuellen Szenario „Gasmangellage“, der Gaswirtschaft.

Ende Januar haben sich daher fast 130 Übungsbeteiligte auf einer Tagung im rheinland-pfälzischen Bad Breisig getroffen, um gemeinsam über die Bedeutung einer längerfristigen Unterbrechung der Gasversorgung für den Bevölkerungsschutz zu diskutieren. Schwerpunkt der Veranstaltung war es, die Interdependenzen zwischen einer Gasmangellage und dem Bevölkerungsschutz zu identifizieren. Dabei standen die Abhängigkeit verschiedener Branchen

von der Gasversorgung, die unterschiedlichen Ressourcen des Bevölkerungsschutzes sowie Fragen der Vernetzung von Bevölkerung und Behörden an vorderster Stelle.

Als intensiv übendes Land ist Baden-Württemberg mit einer großen Delegation vertreten: Neben dem Gasfernleitungsnetzbetreiber „terraneis bw“, vertreten durch Detlef Brickenstein, war das Referat Krisenmanagement des Innenministeriums, das Umweltministerium, die Landesfeuerwehrschule sowie das Regierungspräsidium Karlsruhe an diesem Thementag vor Ort.

Im Rahmen der sich an den Thementag anschließenden LÜKEX-Arbeitsgruppensitzung waren insbesondere Baden-Württemberg und Bayern als intensiv übende Länder aufgefor-

dert, den Stand ihrer Planungen zu spezifischen Übungsinhalten und zur Szenarioausgestaltung darzustellen. Neben energiefachlichen Themen werden in Baden-Württemberg insbesondere die Aspekte Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung, Bevölkerungsschutz und Krisenkommunikation in den Blick genommen.

In den kommenden Wochen wird das Übungsszenario mit entsprechenden Bausteinen weiter verfeinert und die Drehbucharbeit in Koordination mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und den anderen Übungsbeteiligten fortentwickelt



Aktuelles zur Übungsserie LÜKEX finden Sie unter www.luekex.de.

Weiterführende Informationen zum Bevölkerungsschutz-System der Bundesrepublik finden Sie auf der BBK-Website www.BBK.bund.de, auf dem YouTube-Kanal des BBK und auf Twitter @BBK_Bund.

LÜKEX 18: Gasmangellage in Süddeutschland

Abstimmungsgespräch der Ressorts und Regierungspräsidien im Innenministerium

(ID) Baden-Württemberg wird sich neben Bayern als intensiv übendes Land an der Ende November stattfindenden LÜKEX 2018 beteiligen.

Ziel ist es, diese länder- und ressortübergreifende Krisenmanagementübung dazu zu nutzen, die Abstimmungsprozesse innerhalb der Landesregierung und der Verwaltung im Krisenfall zu optimieren.

Um das angedachte Szenario vorzustellen und mögliche Auswirkungen einer Gasmangellage auf Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung zu

identifizieren, fand im Innenministerium eine Besprechung aller Ministerien und der Regierungspräsidien statt. Im weiteren Prozess werden nun gemeinsam mit den Ministerien und den Regierungspräsidien mögliche Betroffenheiten definiert, die dann in das Szenario einfließen. So kann das Szenario auf die speziellen Übungsziele von Baden-Württemberg zugeschnitten werden.



Ein Blick in die Gesprächsrunde.



TV-Tipp

Neue Vox-Doku-Reihe „Die Notrufzentrale“

Der Fernsehsender Vox zeigt eine Doku-Reihe über Menschen und ihre Arbeit in Notrufzentralen / Leitstellen. Gezeigt werden die Disponentinnen und Disponenten bei der Annahme und Bearbeitung von anonymisierten Notrufen.

Geschildert wird die „Alltagsarbeit“ in der Notrufzentrale und die telefonische Begleitung der Anrufer, die sich zumeist in einer persönlichen Ausnahmesituation befinden.

In Einspielungen wird auch die persönliche Befindlichkeit der Protagonisten beleuchtet. Was sich vor Ort abspielt, sieht der Zuschauer nicht.

Die ersten acht Folgen von „Die Notrufzentrale“ laufen seit dem 5. Februar immer montags um 22.15 Uhr auf Vox. Pro Sendung werden zwei Leitstellen thematisiert.

Die erste Folge gibt es bereits im Netz. Sie ist im Internet abrufbar unter <http://kurzelinks.de/85bg>.